Frau Silber-Bonz gab eine kurze Erklärung zu den zuvor bereits stattgefundenen Beratungen und der daraus resultierenden Sitzungsvorlage der Verwaltung. Es wurde Bezug genommen auf den ursprünglichen Antrag der SPD-Fraktion vom 01.12.2011.
Für die SPD-Fraktion erklärte Frau Bilgmann, dass die von der Verwaltung erarbeitete Sitzungsvorlage den Intentionen des Antrages entspreche und dem Beschlussvorschlag von ihrer Seite zugestimmt werden könne.
Herr Heckeroth erklärte, dass die CDU-Fraktion der Sitzungsvorlage der Verwaltung aufgrund verschiedener Formulierungen im vorgelegten Satzungsentwurf nicht zustimmen könne. Er nannte hierfür einige Beispiele. Dieser Auffassung schloss sich auch Herr Willnecker für die FDP-Fraktion an. Insbesondere vermochten die genannten Fraktionen nicht nachzuvollziehen, warum eine rückwirkende Gebührenberechnung für die Zeit der Ausübung einer Grabpartnerschaft erfolgen sollte, wenn die Grabstelle zur Beisetzung eines Angehörigen des bisherigen Grabpaten wieder in Anspruch genommen wird. Hierzu gab für die Verwaltung Herr Steinkamp eine ausführliche Erklärung ab. Der Auffassung der Verwaltung, dass in diesem Fall der Verlust von Gebühreneinnahmen eintrete, vermochte man sich von Seiten der Fraktionen jedoch nicht anzuschließen bzw. es wurde hier kein Zusammenhang erkannt. Für die SPD-Fraktion machte Herr Bäsch noch einen Vorschlag für eine aus seiner Sicht konsensfähige Beschlussfassung.

Da die Fraktionen grundsätzlich die Einführung von Grabpatenschaften befürworten, jedoch noch weiterer Beratungsbedarf zum Erreichen eines einstimmigen Beschlusses sahen, bestand Einvernehmen zu dem Vorschlag von Frau Silber-Bonz, die Angelegenheit in die nächste Sitzung des Kultur-, Sport- und Freizeitausschusses zu vertagen, um in der Zwischenzeit seitens der Fraktionen unter Beteiligung der Verwaltung einen modifizierten Satzungstext zur Änderung der Friedhofs- und Bestattungssatzung in einer Arbeitsgruppe erarbeiten zu können. Fragen an die Verwaltung sollten vor Erörterung im Fraktionskreis gestellt werden.

Ohne Abstimmung wurde die Angelegenheit in die nächste Sitzung des Kultur-, Sport- und Freizeitausschusses

vertagt.